



... München

Die 51. Münchner Sicherheitskonferenz (SiKo) war durch eine sehr angespannte Stimmung geprägt. Offiziell standen internationaler Terrorismus sowie der Konflikt um die Ukraine und weitere Themen auf der Tagesordnung. Faktisch dominierte der Kampf um die Ukraine die SiKo. Zwar war auch im vergangenen Jahr eine hohe Anspannung angesichts der Unruhen auf dem Kiewer Maidan zu beobachten. Allerdings war die westliche Politik seinerzeit in der Offensive gegen die damalige ukrainische Regierung. Die PR-Maschine zur Dämonisierung des einstigen Amtsinhabers Janukowitsch zwecks *regime change* lief auf Hochtouren, so auch auf der damaligen SiKo. Dieses Jahr war es eher umgekehrt: Die zunehmenden Erfolge der Aufständischen im Osten der Ukraine gegen die neuen prowestlichen Machthaber führten zu enormer Nervosität unter den Geostrategen und jenen, die sich dafür halten.

Der Vorstoß Merkels und Hollandes für eine europäische Lösung mit Putin und Poroschenko („Normandie-Format“), d.h. ohne US-Einmischung, hat heftige Verstimmung unter den US-Teilnehmern hervorgerufen. Dies schlug bisweilen in offene Demagogie gegen Merkel um, als diese deutlich machte, dass sie nichts von Waffenlieferungen halte. Genau dies fürchten die USA, eine außen- und sicherheitspolitische Emanzipation Europas von den USA – und das auch noch in Kooperation mit Russland. Nur dient leider die Merkel-Hollande-Initiative nicht dazu, ernsthaft Frieden für die Menschen im Donbass zu erreichen. Die Bundesregierung hätte lange genug Zeit gehabt, die Angriffe der Kiewer Milizen – unter ihnen bekennende Faschisten und Nazis – auf den Donbass und seine Zivilbevölkerung zu verurteilen. Der Zweck der „Minsk II“-Initiative bestand lediglich darin, das in die Defensive geratene Kiewer Regime durch diplomatische Zwischenlösungen zu entlasten, während die USA und einige Verbündete die militärische Eskalation via Waffenlieferungen hochschrauben wollten.

Die in dem „Minsk II“-Abkommen definierten Punkte, wie die Föderalisierung der Ukraine, hätten auch ohne militärische Eskalation vor einem Jahr erreicht werden können. Leider mussten erst Tausende von Menschen sterben, bevor man auch in Berlin und Paris ein realistischeres Bild der kontinentalen und innerukrainischen Kräfteverhältnisse wahrnahm.

Die Frage ist, ob „Minsk II“ lebensfähig sein wird oder ob die USA das Abkommen durch einseitige Maßnahmen torpedieren.

Bundeskanzlerin Merkel war auf der SiKo unumstritten die zentrale Figur angesichts ihrer diplomatischen Initiative und der Ablehnung von Waffenlieferungen. Bei so manchem deutschen Transatlantiker dürfte ihre Rede massive Loyalitätskonflikte hervorgerufen haben. Zumindest waren nach ihrer Rede keine glücklichen Gesichter unter ihnen zu entdecken.

Ich selbst habe neben der Konferenz auch an der Gegendemonstration teilgenommen. 4.000 bis 5.000 Menschen gingen dieses Jahr in München auf die Straße und damit mehr als 2014. Der „Friedenswinter“ gewinnt sichtbar an Relevanz: Auch wenn viele Menschen den Weg nicht auf die Straße zu Protesten finden, zeigen Umfrageergebnisse, dass erhebliche Teile der deutschen Bevölkerung mit der herrschenden Außen- und Sicherheitspolitik gegen Russland nicht mitgehen. Die Bevölkerung sei, wie in außen- und sicherheitspolitischen Diskursen gern hinter vorgehaltener Hand bekundet wird, zu pazifistisch. Das soll sich durch entsprechende „pädagogische Maßnahmen“ ändern. Genau das war ja auch das Thema von Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier auf der letztjährigen SiKo: Die Gewöhnung der Öffentlichkeit an eine „realistische“ Außenpolitik. Dieser „pädagogische Aspekt“ ging seinerzeit ein wenig unter, da sich die veröffentlichte Meinung auf den Aspekt der angeblich gewachsenen Verantwortung Deutschlands konzentrierte.

Die abschließende Frage, ob Deutschland mit der Merkel-Hollande-Initiative sein Versprechen nach mehr „globalem Engagement“ in der Außen- und Sicherheitspolitik umgesetzt hat, ist mit einem temporären Ja zu beantworten. Zumindest solange, wie ein halbwegs eigener europäischer Kurs gefahren wird, der den europäischen und nicht in erster Linie den US-Interessen dient. Davon unberührt bleibt die Frage, ob der eingeschlagene Merkel-Hollande-Kurs einen Ausgleich und eine strategische Partnerschaft mit Russland anstrebt oder ob es doch nur ein geostrategischer Kampf mit kleinen Kurskorrekturen ist.

Dr. Alexander Neu

MdB, für DIE LINKE Mitglied des Verteidigungsausschusses



... Seoul

Schon wenige Tage nach der Veröffentlichung von interner Korrespondenz der Firma Sony Pictures verkündete Präsident Barack Obama, wer für den Diebstahl der Dokumente verantwortlich sei: Nordkorea. Viele westliche Medien und Spezialisten für IT-Sicherheit sahen das genauso. Der Angriff wurde als Vergeltung für die Filmkomödie *The Interview* durch Sony Pictures verstanden. In dem Film reisen zwei Talkmaster für ein Exklusivinterview mit Kim Jong-un nach Nordkorea. Das Interview ist aber nur ein Vorwand für den Mord an Kim, mit dem die CIA die beiden beauftragt hat. Nordkoreanische Offizielle nannten den Film in einem Brief an die Vereinten Nationen einen „Akt des Terrorismus“ und eine „kriegerische Handlung“. Tatsächlich muss die nordkoreanische Führung befürchten, dass dieser Film auf illegalen Pfaden seinen Weg von Südkorea in den Norden findet. Über die mögliche Reaktion der Zuschauer dort kann man nur spekulieren. Eine anarchistische Komödie, in der ihr Staatschef zur Lachnummer gemacht und schließlich getötet wird, könnte dort von Empörung über Fassungslosigkeit und Befremden irgendwann auch zu dem führen, wovor sich die nordkoreanische Führung am meisten fürchtet, dem Lachen.

Obama hat dazu aufgerufen, ins Kino zu gehen und sich *The Interview* anzusehen. Dieser Aufruf war als Demonstration für die Freiheit gedacht und von vielen Kinogängern auch so verstanden worden. Einige amerikanische Zuschauer hatten sich bei ihrem Kinobesuch patriotisch gekleidet und sprichwörtlich Flagge gezeigt. Für Nordkorea ist der Film ein propagandistisches Machwerk, das gegen das nordkoreanische System gerichtet ist. Kunst darf in Nordkorea eben nicht alles, und dafür, dass das anderswo so ist, hat man in dem abgeschotteten Land wenig Verständnis. Wie es scheint, ist der Einfluss, den Satire auf die reale Welt haben kann, bisher grob unterschätzt worden. Mit dem Angriff auf die französische Satirezeitung *Charlie Hebdo* und mit der Hackerattacke gegen Sony sind zwei Institutionen getroffen worden, die sich in ihren satirischen und parodistischen Erzeugnissen über autoritäre Glaubens- und Staatssysteme lustig gemacht haben. Im Falle von Sony ist es gut möglich, dass die Provokation Nordkoreas Teil der Werbestrategie für den Film *The Interview* gewesen ist. Es wäre naiv gewesen, nicht mit einer Reaktion Nordkoreas zu rechnen. Wahrscheinlich ist sie drastischer ausgefallen, als die Produzenten des

Films sich das ausgemalt haben. Möglicherweise sind auch die Fähigkeiten Nordkoreas, über das Internet die Informationssysteme anderer anzugreifen, unterschätzt worden und müssen neu bewertet werden. Über Beweise gegen Nordkorea sprach das FBI erst, drei Wochen nachdem Obama das Land der Täterschaft beschuldigt hatte. James B. Comey, der Direktor des FBI, sagte, es sei „mit großer Sicherheit“ davon auszugehen, dass Nordkorea hinter der Hackerattacke stecke. Beweise dafür, dass Nordkorea hinter der Attacke steckt, machte das FBI nicht öffentlich.

The Interview ist nicht der erste Film, der sich über Nordkorea und seine politische Führung lustig macht. Bereits 2004 war mit *Team America: World Police* ein Marionettenfilm erschienen, der sich über jede Tabu- und Geschmacksgrenze hinwegsetzt und Kim Jong-il, den damaligen Staatschef des Nordens, als filmverrückten Diktator zeigt, der die Welt in Brand setzen will. Das soll von der paramilitärischen Antiterrorereinheit „Team America: World Police“ verhindert werden. Tatsächlich sind es die unfähigen Antiterror-„Spezialisten“, die mit ihren Maßnahmen die halbe Welt in Schutt und Asche legen. Der Film war eigentlich als Kritik an der Bush-Regierung und ihrem Irakkrieg gedacht, dürfte von Nordkorea aber anders verstanden worden sein. Offizielle Reaktionen seitens Nordkoreas hatte es damals zu *Team America: World Police* nicht gegeben. Der Film wurde von Scott Rudin produziert und spielte immerhin über 50 Millionen Dollar ein. Scott Rudin war es auch, der nach der Hackerattacke auf Sony Pictures durch die Veröffentlichung interner Dokumente in eine peinliche Situation gebracht wurde, für die er sich öffentlich entschuldigen musste. In einer E-Mail-Korrespondenz mit Amy Pascal hatte er darüber spekuliert, welche Schauspieler Barack Obama mögen würde und dabei vor allem auf schwarze Darsteller verwiesen. In US-Medien wurde diskutiert, ob er sich damit rassistisch verhalten habe. Eindeutig rassistisch hat sich Nordkorea verhalten, als seine offizielle Nachrichtenagentur KCNA Obama – zum wiederholten Mal – einen „Affens“ nannte (diesmal einen „Affens aus dem tropischen Urwald“, früher auch schon einen „boshafte schwarzen Affens“). Selten hat ein Film zu so starken diplomatischen Verwerfungen geführt. Seit Anfang Februar können die Zuschauer in Deutschland bei einem Gang ins Kino beurteilen, ob die Komödie die ganze Aufregung wert war.

Prof. Dr. Ralf Havertz
Keimyung University, Daegu



... Kairo

Frankreich war nach dem grauenvollen Anschlag auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* in Schockstarre. Zwölf Tote, darunter auch ein muslimischer Polizist, sind nach dem Anschlag einer al-Qaida-Zelle zu beklagen. Es dauerte nicht lange, bis auch das offizielle Ägypten die Tat ächtete. „Staatspräsident Abdel Fattah al-Sissi verurteilt den Angriff auf das französische Magazin *Charlie Hebdo* und fordert koordinierte internationale Anstrengungen zum Kampf gegen den Terrorismus“, hieß es aus dem ägyptischen Präsidentenpalast. Dazu sei ergänzt, dass die ägyptische Regierung schon seit längerer Zeit, und ohne größere Hilfe aus dem Ausland, zwei terroristische Vereinigungen bekämpft: zum einen Ansar Beit al-Maqdis, die sich ISIS angeschlossen hat und sich seitdem „State of Sinai“ nennt. Und zum anderen die Muslimbrüder, denen Anschläge auf Sicherheitskräfte in Kairo vorgeworfen werden. Gegen beide Organisationen wird mit harter Hand vorgegangen, sehr zum Unmut der USA, die seit der Absetzung Mursis ihre Unterstützung so gut wie eingestellt haben, und unter massiver Kritik der EU. Kairo will die Anerkennung des Kampfes gegen die Muslimbrüder als Antiterrorkampf und wehrt sich gegen die Wahrnehmung im Westen, es sei ein Krieg gegen einen Teil der Bevölkerung. Dass Massenverurteilungen und Todesurteile zu kritisieren sind, steht außer Frage, und ob die Justiz so frei ist, wie Innenministerium und Präsidentenpalast behaupten, ist mehr als diskutabel. Allerdings sitzt die Angst, die Kontrolle über das eigene Staatsgebiet zu verlieren, sehr tief. Man fürchtet, so wie Syrien zu enden. Kein Ägypter will, dass US-amerikanische Flugzeuge auf dem Sinai Angriffe fliegen oder gar den Suezkanal „schützen“, weil sich die Halbinsel zu einem Rückzugsort für ISIS-Kämpfer entwickelt hat.

Ägypten hat jedoch nicht nur politisch auf die Anschläge reagiert. Mit der Dar al-Ifta (dem „Haus der Rechtsprechung“) sitzt eine der höchsten Instanzen der muslimischen Rechtsprechung in Kairo. Jedoch reagierte man erst nach Erscheinen der neuen Ausgabe von *Charlie Hebdo* am 14. Januar. Deren Titelbild, das erneut eine Karikatur vom Propheten Mohammed zeigt, wurde vom Dar al-Ifta als ein „rassistischer Akt“ gegen Muslime verurteilt. Der ägyptische Großmufti warnte, die aktuelle Ausgabe führe zu einer neuen Welle des Hasses. Ägyptens hohe religiöse Instanz, die al-Azhar, zu der sowohl die gleichnamige Moschee wie auch die Universität gehören,

bezeichnete die Titelkarikatur als „kranke Vorstellung“ und „hassvolle Sinnlosigkeit“. Man rief dazu auf, diese zu ignorieren, denn der Prophet stehe zu hoch und seine Rolle als Bringer von Menschlichkeit und Gnade sei zu groß, als dass solche Zeichnungen ihm etwas anhaben. Gleichzeitig riefen die Geistlichen der al-Azhar die Welt auf, gegen jede Form der Bedrohung des internationalen Friedens aufzustehen. Die Reaktion der ägyptischen Geistlichen war nicht überraschend, sowohl Dar al-Ifta wie auch die al-Azhar haben einen gemäßigten Ruf. Es mag übertrieben sein, bei einer Karikatur von einer „Bedrohung des internationalen Friedens“ zu sprechen, aber viele ägyptische Muslime fühlen sich beleidigt. Zudem sind viele Ägypter einfach „genervt“, sich ständig für muslimische Radikale entschuldigen zu müssen. Was kann man für den Terror von al-Qaida, ISIS oder Boko Haram?

Viel wichtiger aber als die Anschläge in Paris ist den Ägyptern die Frage, was von der „Januar-Revolution“, wie der Arabische Frühling hier genannt wird, übrig geblieben ist. Die Jugend ist tief enttäuscht; die ältere Generation scheint froh zu sein, dass wieder ein „starker Mann“ an der Macht ist. Das Chaos sei beendet und Ägypten habe nun international wieder eine starke Stimme. Das Gemisch aus Angst vor dem islamistischen Terror, Misstrauen gegenüber der Regierung, aber auch der Regierung gegenüber dem Volk, und dem internationalen Druck ist ein gefährliches und führt zu einer angespannten und komplizierten Lage im heutigen Ägypten.

Marcel Bethan

WeltTrends-Korrespondent Nordafrika



... Athen

Schon das altgriechische Wort „Agonie“ (αγωνία) verweist auf ein schicksalhaftes Spiel (Agon, αγών), das den Todeskampf mit Angst und Spannung unwiderruflich verbindet. Seit einigen Wochen verfolgen Europäer und Griechen einen erbitterten Kampf zwischen der frisch gekürten Regierung und den europäischen Institutionen, in Athen, Frankfurt und Brüssel. Griechenland fantasiert seit fünf Jahren ein post-homerisches Epos, tief in einer langjährigen, gesamtgesellschaftlichen Krise steckend, während Europa sich bemüht, ein griechisches Drama abzuwenden.

Was die Griechen nicht wahrnehmen wollen und die Europäer schwer nachvollziehen können, ist die Tatsache, dass das Land selbst diese Krise zu verschulden hat. Daran hat die neugriechische Gesellschaft jahrelang konsequent gearbeitet. Die griechische Krise ist hauptsächlich ein Beweis für das Scheitern der 3. Hellenischen Republik. 40 Jahre lang formierten sich Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Parteien, Ideologie und Mentalität und entwickelten sich auf einer grundlegenden, jedoch falschen Basis: Anstatt der Demokratie Leben einzuhauchen, also Werte, Inhalte und Prinzipien zu setzen, begnügten sich die Hellenen, hauptsächlich die Vergangenheit (Militärdiktatur zwischen 1967–1974) zu verdammern, anstatt daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und ein funktionsfähiges politisches System zu errichten. Politischer Klientelismus, Korruption im öffentlichen Dienst, De-Industrialisierung, besonders nach 1981, nach der Integration in die EG und der ersten sozialistischen Regierung von PASOK, Staatsinterventionismus, Vorherrschaft der Ideologie, waren die Hauptmerkmale einer Nation und deren politischer Elite, die ihrer Rolle innerhalb der europäischen Gemeinde nicht gerecht wurden. Das griechische Selbstverständnis beruhte auf einem falschen Bewusstsein, auf einer Ideologie der permanenten Konfrontation auf nationaler und europäischer Ebene, anstatt die Prioritäten auf Dialog, Zusammenarbeit und Konsens zu setzen. Innerhalb dieses sozialen Wandels entwickelte sich eine ganze Generation, die nur ihre Rechte und vor allem Privilegien zu verteidigen wusste, jedoch von Verpflichtungen niemals redete.

Die „soziale Konstruktion der Realität“ basiert in diesen Krisenjahren auf einem stark polarisierten Vokabular und dessen „magischen Worten“ Memorandum und Troika, d. h. auf jenem Vertrag, den Griechenland und die Gläubiger (EZB, IWF, EC) unterzeichnet haben. Dies führte zu einem „bewussten“ Missverständnis, das permanent die Diskussion über Ursachen und Folgen der Krise ad absurdum führte und den schwierigen Prozess der finanziellen Hilfe seitens der europäischen Partnerstaaten oft in die Sackgasse zu führen drohte. Gesellschaft und Politik in Griechenland fühlten und verhielten sich wie der „betrogene Betrüger“ innerhalb der europäischen Gemeinde. Für drei Jahrzehnte lebten die Neugriechen in einem falschen Wohlstand, der auf öffentlichen und privaten Schulden beruhte. Der Staat, also Verwaltung, öffentlicher Dienst und Kommunen, einst „kollektiver Arbeitgeber“, der aufgrund eines ausgeklügelten Klientelsystems immer neue Arbeitsstellen schuf und Aufträge dank der europäischen Subventionen

selektiv an griechische und europäische Firmen vergab, hatte während der „Krisenzeit“ seine dominierende Rolle eingebüßt. Dies führte unausweichlich zu einer „Revolte“ der Wähler, die sich von den beiden Volksparteien betrogen fühlten. Ein Sammelbecken von unterschiedlichen linken Gruppierungen nutzte die Gunst der Stunde und wurde dabei hauptsächlich von der PASOK-Wählerschaft unterstützt. Ein neuer Demagoge tritt in den Vordergrund und alles wirkte wie eine Parodie des „Rattenfängers von Hameln“, denn keiner im Land wollte über verbindliche, jedoch notwendige Spar- und Reformauflagen reden. Dazu bediente er sich desselben Vokabulars, mit dem einst die Sozialisten ihre Vorherrschaft ausbauen konnten: Polemik statt Dialog, Konfrontationskurs statt Zusammenarbeit, Bruch statt Durchbruch. Doch innerhalb eines Monats, also nach der Regierungskoalition von linkem Syriza und den rechtsextremen Unabhängigen Griechen, erlebte das Land erneut sein „blaues Wunder“. Die Verhandlungen in Brüssel endeten mit einem harten, aber fairen Kompromiss. Ob die Griechen ihre letzte Chance wahrnehmen wollen, ist derzeit nicht abzusehen.

Kostas Kalfopoulos

Kulturjournalist und Schriftsteller

ANZEIGE

Die Friedens-Warte

Journal of International Peace and Organization

2014
Band 43
Heft 1-2

Die Ukraine-Krise

Debatte: Aufrechtzuerhaltende Konsequenzen aus der Krise?

Die Ukraine-Krise: Causes and Identities in Volyn's

western borderland and what it means

The EU's Response

The European Union Code and the OSCE's Contribution

to the EU's Security Strategy

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts

Die Europäische Union und die Ukraine

von Verbleibenden Deutungen im Kontext des

Konflikts



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Germany

Andreas von Arnault, Tobias Debiel,
Christian Tomuschat, Volker Rittberger † (Hrsg.)

Die Ukraine-Krise

Zeitschrift „Die Friedens-Warte“, Heft 1–2/2014

Die Krise in der Ukraine hat Europa und die Welt 2014 in Atem gehalten. Was als Protestbewegung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf dem Kiewer Maidan-Platz anfang, hat sich zu einem manifesten Gewaltkonflikt entwickelt, bei dem bisherige Lösungsversuche erfolglos blieben und die Gefahr weiterer Eskalation besteht. Auf dem Spiel steht die europäische Friedensordnung, wie sie im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entstanden ist; Prinzipien, Normen und Verfahren, die sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entwickelt und etabliert hatten, scheinen in Frage gestellt. Das aktuelle Heft beleuchtet neben der politischen und völkerrechtlichen auch die innergesellschaftliche Dimension der Krise. Es greift aktuelle Kontroversen auf und will zur Suche nach konstruktiven Wegen der Konfliktbewältigung beitragen.

2014, 293 S., 1 s/w Abb., 4 Tab., kart., 40,- Euro, 978-3-8305-3465-5



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Markgrafenstraße 12–14 • 10969 Berlin

Tel. 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21

E-Mail: bwv@bwv-verlag.de • Internet: <http://www.bwv-verlag.de>